

21. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 21. FEBRUAR 2006

Vorlage Nr.        594        ANFRAGE  
Zu TOP                34

-----

A N F R A G E

der Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) vom 25. Januar 2006

Fehlbelegungsabgabe

Die Fehlbelegungsabgabe ist in vielen Städten der Bundesrepublik längst abgeschafft. In Baden-Württemberg ist ein Gesetzgebungsverfahren im Gange, das die Abschaffung zum 1. Januar 2007 oder 2008 zum Inhalt hat. Die Städte haben jederzeit die Möglichkeit, von der Erhebung der Abgabe abzusehen.

Vor diesem Hintergrund stellt die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage:

1. Wie hoch war im Jahr 2005 der Verwaltungsaufwand für die Erhebung der Abgabe?
2. Wie hoch waren die Einnahmen der Stadt aus dieser Abgabe?
3. Ist beobachtet worden, dass in Gebieten mit hohem Anteil von Sozialwohnungen durch das Wegziehen von Mietern, die zur Abgabe verpflichtet waren, soziale Brennpunkte entstanden sind? Wenn ja, in welchen Stadtteilen und Gebieten?
4. Wann wird die Stadt Karlsruhe die Abgabe endgültig abschaffen?

Sachverhalt / Begründung:

Der Verwaltungsaufwand für die Fehlbelegungsabgabe verursacht in Baden-Württemberg durchschnittlich 31% der Einnahmen und ist damit - jedenfalls für den Landesdurchschnitt - zu teuer.

Der ursprünglich richtige Ansatz, ab einem bestimmten Einkommen den besser verdienenden Mieter für den öffentlich geförderten Wohnraum stärker zur Kasse zu bitten, hat in vielen Fällen zu dem (gewünschten) Auszug dieser Personengruppen geführt. Nach den Vergaberichtlinien für öffentlich geförderten

Wohnraum rücken dann regelmäßig Familien und Einzelpersonen nach, die zu den unteren Einkommensklassen zählen.

Dies kann dazu führen, dass soziale Brennpunkte entstehen, für die wiederum Förderprogramme, wie "Soziale Stadt" notwendig sind, um lebenswerte, intakte Siedlungen zu schaffen.

Außerdem ist aus den Wohnungsbaugesellschaften zu hören, dass viele alte Menschen mit den komplizierten Fragebögen zur Errechnung der Freibeträge nicht zurechtkommen und daher Abgaben entrichten, zu denen sie gar nicht verpflichtet wären.

gez. Anne Segor

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
8. Februar 2006

Stellungnahme: